

BKJazz Wahlprüfsteine 2009 – Antworten der SPD

1. Sehen Sie eine Verantwortung für die Förderung von Jazz und improvisierter Musik auf bundeskulturpolitischer Ebene?

Als SPD sehen wir eine klare politische Verantwortung für die Förderung von Jazz und improvisierter Musik. Bundeskulturpolitisch geht es neben der Förderung einzelner Leuchtturmprojekte in erster Linie darum, möglichst positive Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur zu schaffen. Wir setzen uns unter anderem dafür ein, die soziale Absicherung für Kultur- und Medienschaffende zu verbessern, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten und die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Arbeit zu stärken, sowie Kultur auch innerhalb der Außenpolitik einen wichtigen Schwerpunkt zukommen zu lassen. Jazz und improvisierte Musik spielen bei diesem Engagement eine wichtige Rolle.

2. Inwiefern sehen Sie eine Notwendigkeit für eine spezifische kulturpolitische Förderung im Bereich des Jazz und der improvisierten Musik?

In den vergangenen Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass die Förderung von Jazz und improvisierter Musik spezifisch ausgerichteter kulturpolitischer Maßnahmen bedarf, um Wirksamkeit zu zeigen. Die vorherrschende Kategorisierung von Ernster Musik auf der einen und Unterhaltungsmusik auf der anderen Seite verkennt die Besonderheiten des Jazz und führte in der Vergangenheit häufig dazu, dass dieser Bereich kulturpolitisch nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Als SPD setzen wir uns deshalb für eine Verstärkung bzw. Schaffung einer spezifischen kulturpolitischen Förderung im Bereich Jazz ein.

3. Welche Schwerpunkte müssen Ihrer Auffassung nach bei einer solchen Förderung gelegt werden und welche Akzente werden Sie setzen?

Improvisierte Musik entsteht und lebt in erster Linie durch die Live-Darbietung. Deswegen brauchen die vielen sehr gut ausgebildeten Jazz-Musikerinnen und -musiker mehr und qualitativ hochwertigere Auftrittsorte als auch Auftrittsbedingungen. Diese zu fördern, fällt

zuallererst in die Kulturhoheit der Bundesländer und Kommunen, deren Engagement stärker werden muss. Um hierfür Anreize zu schaffen, wollen wir als SPD eine bundeskulturpolitische Leuchtturmförderung für die herausragenden Spielstätten- und Initiativen bundesweit umsetzen. Darüber hinaus ist Unterstützung von Auslandstourneen eine wichtige Grundlage für die Entwicklung und Wahrnehmung von improvisierter Musik aus Deutschland in der Welt. Als SPD sprechen wir uns für eine Verstärkung dieser Förderung aus, deren Realisierung wir in den vergangenen Jahren mit der Förderung des German Jazz Meeting oder der Einrichtung eines Budgets für Tourneeunterstützung beim Goethe-Institut bereits beginnen konnten.

4. Welche Rolle spielen dabei die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen: Nachwuchsförderung, Spitzenförderung, Exportförderung, Spielstättenförderung?

Bei der Nachwuchsförderung haben wir mit der Initiative Musik Möglichkeiten geschaffen, junge Bands, Musikerinnen und Musiker zu fördern. Derzeit sind die Förderkriterien allerdings weniger auf eine langfristige Strategie, als vielmehr auf den kurzfristigen Erfolg überwiegend bei Projekten aus den umsatzstärkeren Segmenten des Rock und Pop ausgerichtet, wodurch die positiven Effekte auch für den Nachwuchsbereich des Jazz und der improvisierten Musik noch ausbleiben. Deshalb treten wir für eine spezifische kulturpolitische Förderung ein, die auch in der Szene ankommt – innerhalb und außerhalb der Initiative Musik. Hinzu kommt, dass wir in diesem Bereich weiterhin mit dem Deutschen Musikrat als Partnerorganisation in zahlreichen bestehenden und zukünftigen Projekten weiterarbeiten werden.

Höhere Anreize, Jazz und improvisierte Musik aus Deutschland im Ausland zu präsentieren, sind effektive Mittel für Spitzenförderung. Hier sehen wir das German Jazz Meeting als wichtigen Bestandteil. Das vom Außenministerium neu ins Leben gerufene Förderprogramm des Goethe-Instituts muss zudem evaluiert werden, um die Erfahrungen in ein größeres Programm zur Tourneeunterstützung, für das wir uns aussprechen, einfließen lassen zu können.

Wir wollen eine Revitalisierung und Verbesserung der Spielstättenlandschaft in Deutschland, weil diese für die Ausbildung des Nachwuchses und für die Präsenz von etablierten Musikern

gleichermaßen elementar ist. Aus diesem Grund wollen wir einen Bundespreis ins Leben rufen, durch den Spielstätten und Initiativen, die eine besonders herausragende künstlerische Arbeit leisten, prämiert werden können. Die Höhe des Preisgeldes soll dabei von zusätzlichen kommunalen bzw. Landesmitteln abhängig gestaltet werden, um damit vor Ort das Bewusstsein für die Finanzierung der kulturellen Infrastruktur zu verbessern.

5. Halten Sie die bestehenden Förderinstitutionen für ausreichend, um Jazz und der improvisierten Musik angemessen zu fördern?

Prinzipiell verfügt das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) über ausreichend Kompetenzen, um die von uns geforderten Maßnahmen umsetzen zu können. Leider wurden das Potenzial und die Notwendigkeiten von Jazz und improvisierter Musik bislang nicht ausreichend erkannt und befördert. Innerhalb der Initiative Musik wurden zudem infrastrukturell mehrere Einzelprojekte gefördert. Diese Förderung wollen wir jedoch systematisieren und für Jazz und improvisierte Musik mehr Möglichkeiten im Rahmen der Nachwuchsförderung bereitstellen.

6. Wenn nein, welche Änderungen an bestehenden bzw. welche zusätzlichen Institutionen werden Sie umsetzen bzw. auf den Weg bringen?

Neben den bestehenden Institutionen wollen wir eine gesonderte Struktur für die Förderung von Jazz und improvisierter Musik auf Bundesebene schaffen.

7. Sehen Sie für den Bereich des Jazz und der improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechenschaft getragen werden?

Wir als SPD wollen, dass Kultur- und Medienschaffende und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Deshalb setzen wir uns für ein starkes Urheberrecht ein, das den vernünftigen Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den Nutzern ermöglicht. Weiterhin fordern wir eine faire, transparente und zukunftsfeste Praxis der Urheberrechtsabgaben. Bei Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich sehen wir – allerdings nicht allein auf Jazz und

improvisierte Musik bezogen – eine besondere Situation, als dass kleine Veranstalter, die Nachwuchsmusikerinnen und –musikern eine Karriere erst ermöglichen, nicht über Gebühr durch Urheberrechtsabgaben belastet werden dürfen. Eine höhere Anzahl von Live-Konzerten, die auch wegen geringen finanziellen Risiken möglich werden, kommen Nachwuchsurhebern direkt zugute und sind für eine vielfältige Kulturlandschaft in Deutschland sehr wichtig. Hier werden wir u.a. bei der GEMA weiterhin einen angemessenen, bundesweiten Kulturtarif einfordern.



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen der Bundeskonferenz Jazz**

1. Sehen Sie eine Verantwortung für die Förderung von Jazz und Improvisierter Musik auf bundeskulturpolitischer Ebene?

2. Inwiefern sehen Sie eine Notwendigkeit für eine spezifische kulturpolitische Förderung im Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik?

Antwort

Die Förderung von Kunst und Kultur ist für die Union keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir bekennen uns zur Förderung von Kunst und Kultur als einer öffentlichen Aufgabe, an der Kommunen, Länder und Bund unter Beachtung ihrer jeweiligen besonderen Zuständigkeiten mitwirken.

Deutschland ist heute mehr denn je darauf angewiesen, Kreativität zu entfalten, um Wohlstand in Zukunft zu sichern. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein entscheidender Standortfaktor unseres Landes und zunehmend auch ein Motor für Wachstum und Beschäftigung.

In Deutschland existiert eine sehr vitale und qualitativ hochwertige zeitgenössische populäre Musik. Die deutsche Rock-, Pop- und Jazzmusik hat aus vielfältigen Einflüssen ein wertvolles Repertoire geformt. Sie ist im Musikleben und in der Gesellschaft unseres Landes fest verankert.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Kultur- und Kreativwirtschaft erstmals zu einem Schwerpunkt gemacht. Die kontinuierliche Anhebung der Kulturausgaben auf Bundesebene hat dazu beigetragen, dass wichtige kulturpolitische Vorhaben verwirklicht werden konnten. Die gemeinsam mit der Musikwirtschaft ins Leben gerufene "Initiative Musik" ist mit ihren Schwerpunkten Nachwuchsförderung, Musikexport und kulturelle Integration Teil dieses umfassenden Plans zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft. CDU und CSU wollen sie fortführen und weiter ausbauen.

3. Welche Schwerpunkte müssen Ihrer Auffassung nach bei einer solchen Förderung gelegt werden und welche Akzente werden Sie setzen?

4. Welche Rolle spielen dabei die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen: Nachwuchsförderung, Spitzenförderung, Exportförderung, Spielstättenförderung?

Antwort

Die 2007 gestartete "Initiative Musik" unterstützt erstmals systematisch auf der Bundesebene Pop-, Rock- und Jazzmusik. In unserer Antwort auf die beiden vorausgehenden Fragen haben wir auf ihre drei Schwerpunktfelder hingewiesen. Sie ist Teil unserer Initiative zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die Jazzmusik ist ein wichtiger Bereich der deutschen Kreativwirtschaft. Sie transportiert darüber hinaus ein positives Bild Deutschlands im Ausland. Insbesondere improvisierte Musik besitzt die Fähigkeit, Menschen über alle Sprachbarrieren hinweg zusammenzubringen. Das Musizieren ist gleichzeitig hervorragend dazu geeignet, die persönliche Entwicklung zu fördern und Identität zu stiften.

Wir wollen jungen Menschen die Kenntnis über und den Zugang zu unserer Kultur früher und intensiver vermitteln. Die kulturelle Bildungsarbeit lebt vom Mitmachen und davon, dass erfolgreiche Projekte breiter bekannt gemacht werden. Wir wollen herausragende Projekte mit Modellcharakter bundesweit sichtbar machen. Dafür haben wir einen neuen Preis gestiftet, der am 9. Juni 2009 erstmals verliehen wurde. Wir werden Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" zur kulturellen Bildung umsetzen und uns insbesondere für eine angemessene Aufstockung der Mittel für die kulturelle Bildung im Rahmen der Förderinstrumente des Bundes einsetzen. Für kulturelle Bildung stehen im Bundeshaushalt schon jetzt mehr Mittel bereit.

Mit dem "Pakt für Deutschland" hat die unionsgeführte Bundesregierung die Möglichkeit zur Förderung kommunaler Kultureinrichtungen wie etwa Musikschulen eröffnet. Gut ausgebildete Künstlerinnen und Künstler brauchen Plattformen, um sich und ihre Arbeit einem größeren Publikum zu präsentieren. Für den Jazzbereich sind dies vor allem qualitativ hochwertige Spielstätten. Wir unterstützen die "Initiative Musik" bei der stärkeren Spielstättenförderung speziell für die Jazzmusik. Wir werden die begonnen Maßnahmen fortsetzen und weiter ausbauen.

5. Halten Sie die bestehenden Förderinstitutionen für ausreichend, um Jazz und Improvisierte Musik angemessen zu fördern?

6. Wenn nein, welche Änderungen an bestehenden bzw. welche zusätzlichen Institutionen werden Sie umsetzen bzw. auf den Weg bringen?

Antwort

Alles, was gut ist, lässt sich noch verbessern. Die 2007 gestartete "Initiative Musik" hat bereits nach kurzer Zeit erste Erfolge erzielt. Auch in Zukunft werden wir bei der staatlichen

Kulturförderung nicht nachlassen und werben zusätzlich für privates Engagement. Menschen schaffen Kultur. Deshalb gilt unser besonderes Augenmerk der wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Situation von Musikerinnen und Musikern. Für den Bereich der populären Musik sowie insbesondere für die Jazzmusik setzen wir auch weiterhin auf eine Vernetzung von Ausbildung, Produktions- und Präsentationsbedingungen.

7. Sehen Sie für den Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechnung getragen werden?

Antwort

Wir müssen Menschen die Freiheit und die Sicherheit geben, dass sie sich durch ihren künstlerischen Gestaltungswillen eine auch wirtschaftlich erfolgreiche Existenz schaffen und andere kulturell bereichern können. Klar definierte geistige Eigentumsrechte sind eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit von Komponisten, Textern und Musikern sowie für unseren wirtschaftlichen Erfolg in der Wissensgesellschaft insgesamt. Dies gilt auch für persönliche Darbietung von Musik im Rahmen einer Veranstaltung, bei der unterschiedliche Urheberrechte betroffen sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein gesellschaftliches Bewusstsein für den Wert kultureller Leistungen gestärkt, der Wert von Kreativität bewahrt und auch honoriert wird. Die Urheber und Rechteinhaber müssen auch weiterhin eine angemessene Vergütung für ihre kreative Leistung erhalten.

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine der Union Deutscher Jazzmusiker

1. Sehen Sie eine Verantwortung für die Förderung von Jazz und Improvisierter Musik auf bundeskulturpolitischer Ebene?

Die deutsche Jazzszene und die Szene Improvisierter Musik sind in ihrer Vielfalt und Produktivität etwas, auf das wir stolz sein können. Zugleich handelt es sich – bis auf Ausnahmen - um ein Genre, das sich nicht unmittelbar kommerziell verwerten lässt. Staatliche Unterstützung und Förderung - auch durch den Bund - sind deshalb erforderlich, wenn wir diese Vielfalt erhalten wollen. Gleichwohl ist es natürlich vor allem Aufgabe der Länder und Kommunen, lokale und regionale Szenen und Initiativen ausreichen zu unterstützen. Gerade bei avantgardistischer und experimenteller Musik muss gelten: Gefördert wird, was es schwer hat.

2. Inwiefern sehen Sie eine Notwendigkeit für eine spezifische kulturpolitische Förderung im Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik?

Die Szene von Jazz und Improvisierter Musik weist einige strukturelle Unterschiede gegenüber E-Musik und Popmusik auf. Da diese Unterschiede aber oftmals übersehen werden, geraten Jazz und Improvisierte Musik gleichsam „zwischen die Stühle“ - denn weder ist der Jazz der U-Musik zuzurechnen, noch ist er zur E-Musik zu zählen. Trotzdem sind Jazz und Improvisierte Musik natürlich anerkannte Kunstformen. Gerade im Bereich der Improvisierten Musik haben wir es oft mit einer avantgardistischen Klangästhetik zu tun, die herkömmliche Hörgewohnheiten radikal herausfordert (etwa im Genre Noise). Nicht immer sind hier die bekannten Fördermechanismen aus E- und U-Musik passgenau genug.

3. Welche Schwerpunkte müssen Ihrer Auffassung nach bei einer solchen Förderung gelegt werden und welche Akzente werden Sie setzen?

Wichtig erscheint uns eine flexible Förderung, die kurzfristig auf die Bedürfnisse von Musikern und Veranstaltern reagieren kann. Über die Unterstützung von CD-Produktionen, den Ausbau von Wettbewerben, die systematische Förderung von ausgewählten Spielstätten ist dabei auch auf Bundesebene nachzudenken. Auch anspruchsvolle Musik sollte nicht im Verborgenen stattfinden, weshalb publikumswirksame Initiativen zu unterstützen sind. Doch auch hier gilt: Länder und Kommunen sind immer als Förderer ins Boot zu holen.

4. Welche Rolle spielen dabei die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen: Nachwuchsförderung, Spitzenförderung, Exportförderung, Spielstättenförderung?

Generell gilt: Was Jugendlichen beim gemeinsamen Musizieren erleben – Kreativität, Empathie und Teamdenken – sind gerade in Zeiten der Globalisierung und des interkulturellen Austauschs wichtige Fähigkeiten. Kulturelle Bildung und Teamgeist werden auch im Jazz und im gemeinsamen Improvisieren spielerisch vermittelt, man kann nicht „gegeneinander“ Musik machen. Nachwuchsförderung steht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb an erster Stelle, in Form von Wettbewerben oder durch den Ausbau von „Jedem Kind ein Instrument“. Zugleich ist darüber nachzudenken, wie man für die deutsche Jazzszene Präsentationsmöglichkeiten mit internationaler Ausstrahlung schafft. Ein Spielstättenprogrammpreis für Jazzclubs etc. ist eine gute Idee, auch unterstützen wir die Bereitstellung öffentlicher Räume für Konzerte. Bei

allen Fördermaßnahmen auf Bundesebene sollte allerdings nicht der Fehler der „Initiative Musik“ wiederholt werden. Hierzu hat die Bundesregierung vor allem große Majorfirmen an den Tisch geholt, obwohl jeder weiß, dass insbesondere die kleinen Independent Labels innovative neue Stile entwickeln. Dies gilt insbesondere für die Jazzszene, viele kleine Labels sind hier in ihrer Existenz bedroht.

5. Halten Sie die bestehenden Förderinstitutionen für ausreichend, um Jazz und Improvisierte Musik angemessen zu fördern?

Im Prinzip ja. Wie in anderen Bereichen auch gilt, dass flexible Fonds wünschenswert wären, so dass gefährdete Projekte kurzfristig Förderung beantragen können. Über exklusive Töpfe für Jazz, welche dessen hybriden Status zwischen E und U berücksichtigen, sollte die Kulturpolitik verstärkt nachdenken. Ganz grundsätzlich setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können. Gerade die kleinen Künstler und Künstlerinnen, die kleinen Kreativen in der Kreativwirtschaft brauchen mehr Unterstützung, und zwar auf allen Ebenen, sowohl in der Kulturwirtschaft als auch in der Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört auch, dass Musiker von Fördermöglichkeiten wissen müssen, dass sie Erstinformationen über relevante europäische Förderfonds und über die Förderprogramme bekommen. Oftmals haben sie nicht die Möglichkeit, sich an jemanden zu wenden, der tatsächlich weiterhelfen kann. Hier brauchen wir mehr Transparenz und weniger Bürokratie.

6. Wenn nein, welche Änderungen an bestehenden bzw. welche zusätzlichen Institutionen werden Sie umsetzen bzw. auf den Weg bringen?

entfällt s.o.

7. Sehen Sie für den Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechnung getragen werden?

Die Situation von Jazz und Improvisierter Musik ist hier in wesentlichen Punkten mit anderen Musikszenen vergleichbar; wobei das Livespiel gerade in Jazz und Improvisierter Musik eine ganz besondere Rolle spielt. Schon im Schlussbericht der Enquete-Kommission Kultur vom Dezember 2007 wird in der Einleitung gesagt: "Die Anmeldung zur GEMA kostet ebenso Zeit und Kraft wie die Steuererklärung des (anmeldenden) Vereins." Weiterhin heißt es im vierten Kapitel des Schlussberichts: „Zahlreiche Verwerter/Nutzer bemängeln einen zu hohen Bürokratieaufwand. So seien Formulare oft nicht eindeutig und selbsterklärend gestaltet. Des Weiteren sei es nicht möglich, Formulare im Wege elektronischer Kommunikation bei der GEMA einzureichen,“ und „das finanzielle Risiko, Formulare falsch oder unvollständig auszufüllen, sei demgegenüber beachtlich, da für nicht ordnungsgemäß angemeldete Veranstaltungen hohe Gebühren fällig würden.“

Es sollte in diesem Zusammenhang im Interesse der GEMA liegen, dass Veranstalter unterstützt und bekräftigt werden, Musikern Auftrittsmöglichkeiten zu bieten. Denn dann fließt auch wieder Geld zurück an die GEMA, welches über die Ausschüttungen dann wiederum den Künstlern selbst zu Gute kommt.

Viele Musiker leben zunehmend in prekären Verhältnissen. Es sollte im Interesse aller Beteiligten - also Musiker, Veranstalter und Verwertungsgesellschaften - sein, dass Künstler angemessen für ihre künstlerische Tätigkeit entlohnt werden. Dazu gehören auch nachvollziehbare Verteilungsschlüssel der GEMA und angemessene Beteiligungsformen. Ganz grundsätzlich ist dabei auch darüber nachzudenken, in wie weit bei der GEMA Reformbedarf besteht. Zumindest wäre es dringend notwendig, das

Dickicht der Vertragsklauseln, Ausnahmenregelungen, Pauschalverträge usw. zu lichten und benutzerfreundlich zu organisieren.

Die Beantwortung der Wahlprüfsteine durch Herrn Dirk Niebel MdB (Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei)

Sehr geehrter Herr Schulze,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Juni 2009 an Dr. Guido Westerwelle, der mich gebeten hat Ihnen zu antworten.

1.) Sehen Sie eine Verantwortung für die Förderung von Jazz und Improvisierter Musik auf bundeskulturpolitischer Ebene?

Ja, der Bund hat hier eine Verantwortung die hauptsächlich durch die Initiative Musik wahrgenommen wird. Der Bund unterstützt die Initiative Musik in 2009 mit insgesamt 2 Mio. Euro. Damit wird auch der Jazz als Kultur- und Wirtschaftsgut anerkannt. Die letzte Aufstockung der Mittel der Initiative Musik um 500.000 Euro für das Jahr 2009 dient vor allem der Unterstützung der Künstler und Projekte aus dem Bereich Jazz. Daneben fördert der Bund beispielsweise den Nachwuchspreis „Jugend jazzt“ sowie das Bundesjazzorchester durch das Bundesfamilienministerium und die Kulturstiftung des Bundes unterstützt neben verschiedenen Jazz-Projekten auch das Netzwerk Neue Musik mit 12 Mio. Euro von 2008 bis 2011.

2.) Inwiefern sehen Sie eine Notwendigkeit für eine spezifische kulturpolitische Förderung im Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik?

Jazz tut sich – nicht nur in Deutschland – schwer, ohne jede öffentliche Förderung sichtbar (und hörbar) zu sein. Er bedarf flankierender Hilfen. Jazz gehört zur zeitgenössischen Musik und bewegt sich zwischen U-Musik und E-Musik. Die U-Musik wird traditionsgemäß wesentlich weniger gefördert als die E-Musik. Gerade der Jazz benötigt aber positive Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können. Statt direkter Künstlerförderung steht hier eine Strukturförderung im Vordergrund. Schlussendlich benötigen Jazz-Musiker Auftrittsmöglichkeiten, um ihre Musik einem Publikum präsentieren zu können. Jazz lebt von der Improvisation auf der Bühne. Hier können die von der Initiative Musik avisierte direkte Spielstättenförderung sowie der Spielstättenpreis greifen. Doch es ist nicht nur notwendig, solche unmittelbaren Förderinstrumente aufzubauen, wie die folgenden drei Beispiele zeigen:

Musik muss in der Schule als fester Bestandteil verankert werden: Zwei Drittel des Musikunterrichts an Haupt- und Realschulen fallen aus. Lediglich 20 Prozent des Musikunterrichtes an Grundschulen wird von dafür ausgebildeten Pädagogen vorgenommen. Wenn sich hier nichts ändert, werden in Zukunft immer weniger Menschen Interesse an Musik – und im Speziellen Improvisierter Musik – entwickeln können. Zudem müssen die Medien – und hier speziell der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinem Programmauftrag Bildung, Beratung, Information, Unterhaltung und vor allem Kultur zu fördern – ihr Übriges tun. Die Öffentlich-Rechtlichen spielen sowohl in der Produktion als auch der Rezeption von Jazz und Improvisierter Musik eine entscheidende Rolle. Feste Sendeplätze für den Jazz und die Improvisierte Musik sollten in allen Rundfunkanstalten dazu gehören. Bisher verfügen lediglich neun von elf Landesrundfunkanstalten der ARD über eine eigene Jazzredaktion. Jazzfestivals der großen Anstalten, Förderpreise oder Bigbands der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dürfen – so verdienstvoll diese Angebote auch sind – keine Ausnahme bleiben. Es gilt aber

auch, die Rahmenbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken. Ein starkes Urheberrecht hilft auch dem Jazz und der Improvisierten Musik.

3.) Welche Schwerpunkte müssen Ihrer Auffassung nach bei einer solchen Förderung gelegt werden und welche Akzente werden Sie setzen?

Wie in Frage 2 ausgeführt, geht es um das Live-Erlebnis dieser Musikform. Aus diesem Grund halten wir die Spielstättenförderung sowie den Spielstättenförderpreis der Initiative Musik für wichtig, denn der Live-Auftritt ist nicht nur aus musikalischen Gründen von Bedeutung, sondern auch eine wichtige Einnahmequelle. Von Bedeutung ist, dass nachhaltige Strukturen aufgebaut werden. Bund, Länder und Kommunen müssen hier an einem Strang ziehen. Insgesamt muss ein Netzwerk für den Jazz gesponnen werden. Dazu gehört neben den öffentlichen Geldern auch die Förderung durch die Musikwirtschaft. Der Grundgedanke der Public-Private-Partnership sollte auch in der Initiative Musik noch Wirklichkeit werden und die Wirtschaft sollte einen größeren Teil beisteuern. Insbesondere beim Spielstättenförderpreis ist dies gut machbar und auch so avisiert.

Auch eine gezielte Exportförderung ist wichtig. Die Jazzmesse „Jazzahead!“ 2009 mit dem „German Jazz Meeting“, die die Initiative Musik auch unterstützt hat, ist beispielgebend in der Zielsetzung der Vernetzung der verschiedenen Initiativen.

Darüber hinaus erachten wir auch die Aus- und Fortbildung der Jazz-Musiker als einen sehr bedeutenden Punkt. Der Nachwuchs muss in der Ausbildung damit vertraut gemacht werden, dass es sich zwar um einen geförderten Markt handelt, dessen Marktgesetze aber bekannt sein müssen, um auf diesem erfolgreich agieren zu können. Die Aus- und Fortbildung von den Hochschulen bis zu den Industrie- und Handelskammern muss verbessert werden, um Existenzgründungen oder – im Speziellen – die Erstellung von Businessplänen als Voraussetzung für Mikrodarlehen möglich zu machen. Hier sind aber die Länder und Kommunen angesprochen.

4.) Welche Rolle spielen dabei die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen: Nachwuchsförderung, Spitzenförderung, Exportförderung, Spielstättenförderung?

Wir erachten die Spielstättenförderung, die Export- und Nachwuchsförderung als besonders wichtig. Des Weiteren verweisen wir auf Frage 3.

5.) Halten Sie die bestehenden Förderinstrumente für ausreichend, um Jazz und Improvisierte Musik angemessen zu fördern?

Mit den positiven Entwicklungen in der Initiative Musik ist ein Anfang gemacht. Wir werden uns aber in der kommenden Legislaturperiode eingehend mit diesen Fragen auseinandersetzen. Zu prüfen ist, welche Ergebnisse die Initiative Kultur – und Kreativwirtschaft aus den Branchenhearings und Gutachten zieht, um die Musikwirtschaft effizient zu unterstützen. Es gilt, die Aktivitäten auch allen Ebenen gut miteinander zu vernetzen.

6.) Wenn nein, welche Änderungen bestehen bzw. welche zusätzlichen Institutionen werden Sie umsetzen bzw. auf den Weg bringen?

Wir verweisen auf Frage 5.

7.) Sehen Sie für den Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechnung getragen werden?

Grundsätzlich hat der Urheber eines Musikwerkes für die Zustimmung zur Aufführung seiner Musik Anspruch auf eine Lizenzgebühr. Sofern der Komponist Mitglied oder Wahrnehmungsberechtigter der GEMA ist, ist die Vergütung an die GEMA zu bezahlen. Dieses Prinzip gilt unabhängig von der Musikrichtung, also auch für Jazz. Ist ein Komponist Mitglied der GEMA werden sämtliche von ihm geschaffenen Werke durch die GEMA lizenziert, also auch Improvisationen, sofern sie durch das Urheberrecht geschützt sind, was regelmäßig der Fall ist. Werkbezogene Ausnahmen gibt es nicht.

Soweit die Besonderheiten des Jazz und der Improvisierten Musik ein besonderes Lizenzverfahren rechtfertigen, ist dies zunächst keine politische Frage, sondern betrifft die Höhe der Vergütung und das Verfahren zu deren Ausschüttung an die Komponisten. Die GEMA muss stets überprüfen, ob ihre Tarife und ihr Verteilungsplan besonderen Aufführungssituationen gerecht werden. Und es ist die Aufgabe der GEMA, ihre Strukturen so zu gestalten, dass Sie für alle Beteiligten nachvollziehbar sind. Die Entscheidungen der GEMA unterliegen grundsätzlich der Überprüfung durch die Gerichte.

Die FDP bekennt sich zur kollektiven Wahrnehmung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch Verwertungsgesellschaften mit effizienten und transparenten Strukturen. Das gilt insbesondere für den Musikbereich. Die FDP setzt sich für die Schaffung eines europäischen Wahrnehmungsrechts als Grundlage für die Förderung des Wettbewerbs unter den europäischen Verwertungsgesellschaften unter einheitlichen Rahmenbedingungen ein.

Mit freundlichen Grüßen,

Dirk Niebel



Wahlprüfstein DIE LINKE

**Bundeskonzert Jazz
Weberstr. 59
53113 Bonn**

Kultur, Musik und Jazz

Lukrezia Jochimsen (kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE) zu Jazz und dessen Förderung

1. Sehen Sie eine Verantwortung für die Förderung von Jazz und Improvisierter Musik auf bundeskulturpolitischer Ebene?

Nach Auffassung der Linken hat der Bund eine besondere kulturpolitische Verantwortung für die Förderung von Jazz und Improvisierter Musik. Jazz aus der Bundesrepublik Deutschland hat ein hohes internationales Ansehen. Seine Förderung ist von nationaler Bedeutung. Die Förderbedingungen aber halten mit der wachsenden Bedeutung dieser Musikrichtung nicht Schritt. Wir sehen eindeutige Disproportionen in der jetzigen Musik-Förderung durch den Bund. Diese ist immer noch vorwiegend auf den Bereich der sogenannten „Klassischen Musik“ ausgerichtet. Sie vernachlässigt die zeitgenössische Musik insgesamt und insbesondere den Jazz als eine Kunstform, die sich nicht so ohne weiteres der sogenannten „Ernstern Musik“ oder der „Unterhaltungsmusik“ zuordnen lässt. Dabei bedürfen gerade der Jazz und die Improvisierte Musik der öffentlichen Förderung, da sie es am Markt und bei der Mehrzahl der Hörer schwerer haben als andere musikalische Formen. Darüber hinaus sehen wir auch ein Ungleichgewicht zwischen dem Niveau der Musik-Förderung und beispielsweise der Film-Förderung. Wir wollen eine Gleichwertigkeit in der Förderung der unterschiedlichen kulturellen Bereiche bei Beachtung der jeweiligen Spezifika erreichen.

2. Inwiefern sehen Sie eine Notwendigkeit für eine spezifische kulturpolitische Förderung im Bereich des Jazz und der improvisierten Musik?

Im Jazz haben Spielstätten eine besondere Relevanz. Sie sind als Schnittstelle zwischen Künstler und Publikum Orte der lebendigen Auseinandersetzung mit Musik. Zudem finden Musiker ihre primäre Einnahmequelle in der Live-Performance. Deshalb ist es besonders wichtig, Strukturen zu fördern und sich nicht allein auf die Förderung einzelner Künstler zu konzentrieren. Jazz ist eine internationale Kunstform. Notwendig ist eine gezielte Exportförderung, um der im internationalen Vergleich künstlerisch unbedingt „wettbewerbsfähigen“ Jazzmusik ein größeres Publikum jenseits der Grenzen dieses Landes zu erschließen. Der frühkindlichen musikalischen Bildung kommt eine besondere Bedeutung zu. Gerade bei diesen musikalischen Richtungen kommt es auf den Anfang an, sollen breitere Hörerschichten auch aus den sog. bildungsfernen Milieus erreicht werden.

3. Welche Schwerpunkte müssen Ihrer Auffassung nach bei einer solchen Förderung gelegt werden und welche Akzente werden Sie setzen?

Schwerpunkte sind aus meiner Sicht die Spielstättenförderung und die Exportförderung. Es gilt, dem erheblichen Mangel an Spielstätten für aktuelle Musik zu begegnen. Der Bund sollte sich hier noch stärker engagieren. Und wir brauchen eine „Leistungsschau des deutschen Jazz“ auf höchstem Niveau. Für mich hat darüber hinaus die frühkindliche Bildung eine besondere Bedeutung. Ich setze mich für ein Programm „Kultur für Kinder“ ein. Kinder sollten so früh wie möglich mit Kunst aller Richtungen und so auch mit Jazz und improvisierter Musik in Berührung kommen und das Hören und Musizieren lernen.

4. Welche Rolle spielen dabei die folgenden Bereiche und welche Maßnahmen werden Sie hier ergreifen: Nachwuchsförderung, Spitzenförderung, Exportförderung, Spielstättenförderung?

Alle vier genannten Bereiche sind wichtig. Ich sehe auch keinen Gegensatz zwischen Nachwuchs- und Spitzenförderung. Ohne breite Förderung musikalischen Nachwuchses wird es auch keine Spitzenkünstler geben und gleichzeitig ist eine gezielte Förderung jener notwendig, die besondere Fähigkeiten haben. Insbesondere im ländlichen Raum ist noch mehr Engagement zur Förderung des Nachwuchses innerhalb und außerhalb der verschiedenen Bildungsstätten nötig.

5. Halten Sie die bestehenden Förderinstitutionen für ausreichend, um Jazz und Improvisierte Musik angemessen zu fördern?

Die bestehenden Förderinstitutionen sind derzeit keinesfalls ausreichend. Im Rahmen der „Initiative Musik“ wird versucht, bestehende Defizite zu beheben, so unter anderem durch die Entwicklung eines „Spielstättenförderpreises“. Im Ergebnis der ersten Bundesfachkonferenz „Plan! Pop 09“ wurde mit der Planung mehrerer durch die Initiative Musik unterstützter Pilotprojekte in einzelnen Bundesländern im Bereich der Spielstättenförderung begonnen. Nach Durchsicht der bisher in den einzelnen Bundesländern geförderten Projekte ist auffällig, dass sie sehr ungleich verteilt sind und sich auf die sog. „künstlerischen Ballungsräume“ konzentrieren. Zudem ist festzustellen, dass zwar die Künstlerförderung auf breite Resonanz stößt, die Anträge auf Förderung der Infrastruktur aber hinter den Erwartungen zurück bleiben. Infrastrukturanträge kommen in der Regel aus Umfeldern, die Erfahrung mit dieser Art der Förderung aufweisen. Das ist eben nicht überall gleichermaßen gegeben. Anders als bei der Filmförderung gibt es in diesem Sektor keine korrespondierende ausgebaute Länderförderung. Das sollte sich ändern.

6. Wenn nein, welche Änderungen an bestehenden bzw. welche zusätzlichen Institutionen werden Sie umsetzen bzw. auf den Weg bringen?

Ich werde mich besonders dafür engagieren, dass die Förderung auch in jenen Regionen greift, wo bislang keine oder keine hinreichenden Strukturen aufgebaut wurden. So werde ich in Zusammenarbeit mit der „Initiative Musik“ zum Beispiel in Thüringen einen Workshop organisieren, der sich mit Fragen der institutionellen und projektbezogenen Musikförderung beschäftigt. Hierfür sind verschiedene Bands und Gruppen eingeladen, die entweder schon Fördermittel erhalten haben oder die sich um eine Förderung bemühen. Dieser Workshop wird maßgeblich in Kooperation mit dem „Jazzclub Eisenach e.V.“ durchgeführt, ist aber nicht nur auf Jazzmusik gerichtet, sondern soll auch andere Genres der populären Musik miteinbeziehen.

7. Sehen Sie für den Bereich des Jazz und der Improvisierten Musik bezogen auf Urheberrechtsabgaben im Live-Bereich eine spezifische Situation und wenn ja, wie muss dieser Rechnung getragen werden?

Die Situation des Jazz ist auch in Bezug auf die Urheberrechtsabgaben ohne Zweifel eine spezifische. Derzeit ist eine Petition an den Deutschen Bundestag zur Praxis der GEMA in der Mitzeichnung, in der insbesondere auf die erheblichen Probleme kleiner Veranstalter hingewiesen wird. Die Zahl der Mitzeichner (mit Datum vom 8. Juli schon 92.788) verweist auf die Relevanz dieses Problems. Der Deutsche Bundestag wird sich mit dieser Petition wie auch mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ für mehr Transparenz in der Arbeit der Verwertungsgesellschaften beschäftigen. DIE LINKE wird dabei auf die Erfüllung des Sozial- und Kulturauftrages der Verwertungsgesellschaften drängen.